

Brüssel Aktuell 45/2016

9. bis 16. Dezember 2016

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Elektronische Vergabe: Konsultation zu e-Standardformularen für die Vergabe

Bis **16. Januar 2017** führt die EU-Kommission eine [Konsultation](#) zu Vorschlägen für ein neues elektronisches Standardformular für öffentliche Vergabeverfahren durch. Sie betrifft einzelne technische Details der Formulare. Die Kommission stellt in einem [Informationsdokument](#) die Vorteile von elektronischen Formularen, den Prozess zur Erarbeitung sowie 21 Änderungen gegenüber den bestehenden Formularen vor...

Digitalisierung: Vorschlag für Abschaffung der Roaming-Gebühren angenommen

Am 2. Dezember haben die Mitgliedstaaten eine [Einigung](#) zur Abschaffung der Roaming-Gebühren erzielt. Diese erlaubte es der EU-Kommission, am 15. Dezember ihren [Vorschlag](#) für „Regeln für eine faire Nutzung“ sowie einen dazugehörigen Mechanismus zur Abschaffung der Roaming-Gebühren innerhalb der EU ab 15. Juni 2017 formell anzunehmen...

Umwelt, Energie und Verkehr

Gebäudeenergieeffizienz: Gebäudebestand rückt in den Fokus der EU-Kommission

Im Rahmen ihres Pakets „Saubere Energie für Alle“ (vgl. Brüssel Aktuell 44/2016) schlug die EU-Kommission am 30. November eine [Änderung](#) der Richtlinie [2010/31/EU](#) über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden vor (im Folgenden: Richtlinie; zuletzt Brüssel Aktuell 31/2015). Ziel ist eine Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudebestand. Geplant sind u. a. eine langfristige Renovierungsstrategie sowie die Mobilisierung von Finanzmitteln. Ferner soll der effiziente Betrieb von Gebäuden durch die Förderung der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und intelligenten Technologien sichergestellt werden...

Energieunion: Kommunale Aspekte der Neuregelung des Strommarktes

Mit dem Paket „Saubere Energie für Alle“ (Brüssel Aktuell 44/2016) veröffentlichte die EU-Kommission auch ihre Vorschläge für eine Neugestaltung des Strommarktes. Diese bestehen in einer [Überarbeitung](#) der Richtlinie über den Elektrizitätsbinnenmarkt ([2009/72/EG](#), im Folgenden: Richtlinie) sowie einer [Neufassung](#) der Verordnung über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel (EG [Nr. 714/2009](#)) und einer [Überarbeitung](#) der Verordnung zur Gründung einer Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (EG [Nr. 713/2009](#)). Aus kommunaler Sicht interessant erscheinen insbesondere die Neuerungen der Richtlinie zu örtlichen Energiegemeinschaften, zum Datenmanagement sowie zur Rolle der Verteilnetzbetreiber...

Energieunion: Arbeitsplan zum Ökodesign für 2016-2019

Der Ökodesign-[Arbeitsplan](#) komplementiert das Paket „Saubere Energie für Alle“ (vgl. Brüssel Aktuell 44/2016), in dem es eine Reihe von Produkten und Maßnahmen vorschlägt, die im Rahmen der [Ökodesign-Richtlinie](#) und der [Energieeffizienzzeichnungs-Richtlinie](#) vorrangig umgesetzt werden sollen. Er legt dabei den Fokus insbesondere auch auf den Beitrag von Ökodesign-Maßnahmen zu den Zielen im [Aktionsplan](#) zur Kreislaufwirtschaft...

Wasserqualität: Bericht zur Wasserpolitik und neue Online-Anwendung

Die Europäische Umweltagentur (EEA) veröffentlichte am 30. November einen [Bericht](#) zu den Auswirkungen der EU-Wassergesetzgebung auf die menschliche Gesundheit. Insgesamt führt der Bericht aus, dass durch einen integrierten Ansatz mehr erreicht werden könnte. Verringert werden müssten die Einträge aus Landwirtschaft und Industrie sowie die Gefahr von Einzelverschmutzungen, etwa durch überforderte Abwassersysteme. Weiterhin wurde mit Hilfe der Daten des Copernicus-Satellitensystems eine neue [Online-Anwendung](#) des gemeinsamen Forschungszentrums (JRC) geschaffen, mit der weltweit der Zustand von Oberflächengewässern eingesehen werden kann...

Trinkwasserrichtlinie: Arbeitsunterlage zur REFIT-Prüfung veröffentlicht

Für die 2017 geplante Revision der Trinkwasserrichtlinie ([98/83/EG](#); vgl. Brüssel Aktuell 39/2016) veröffentlichte die Kommission Anfang Dezember ein [Arbeitspapier](#). Dieses fasst die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation aus dem Jahr 2014 (vgl. Brüssel Aktuell 2/2015) sowie der Studie „[Safe2drink](#)“ aus dem Jahr 2015 zusammen...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

EU-Städteagenda: Frist für Interessensbekundungen verlängert

Noch bis **20. Dezember 2016, 18 Uhr**, besteht die Möglichkeit, beim europäischen kommunalen Dachverband CEMR [Vorschläge](#) für die Mitwirkung an folgenden vier thematischen Partnerschaften im Rahmen der [EU-Städteagenda einzureichen](#)...

Soziales, Bildung und Kultur

Barrierefreie Produkte und Dienstleistungen: Verhandlungen zum Richtlinienvorschlag

Am 8. Dezember befasste sich der Rat der EU mit einem [Sachstandsbericht](#) zum [Kommissionsvorschlag](#) für eine Richtlinie „zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen“ (vgl. Brüssel Aktuell 44/2015). Den Mitgliedstaaten ist v. a. an der Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Kosten sowie an mehr Rechtssicherheit gelegen. So zählt zu den [Änderungsvorschlägen](#) der slowakischen Ratspräsidentschaft die Einführung einer Übergangszeit von fünf bzw. zehn Jahren (siehe Art. 27 a)...

Gesundheit: Sonderbericht zu grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) veröffentlichte am 8. Dezember den [Sonderbericht](#) „Der Umgang mit schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren in der EU: Wichtige Schritte wurden unternommen, doch weitere müssen folgen“. Insbesondere in Bezug auf den [Beschluss](#) des Parlaments und des Rats (1082/2013/EU) zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren vom 22. Oktober 2013 untersucht und bewertet der EuRH, ob der EU-Rahmen für den Schutz der Bürger adäquat umgesetzt wird...

Datenschutz: Europäisches Parlament stimmt EU-US-Datenschutzabkommen zu

Am 1. Dezember hat das Plenum des EU-Parlaments seine [Zustimmung](#) zum EU-US-Datenschutz-[Rahmenabkommen](#) zur Harmonisierung von Regeln zum Austausch von Daten für Strafverfolgungszwecke (sog. „Umbrella Agreement“) erteilt (zuletzt Brüssel Aktuell 23/2016). Das Abkommen wurde am 2. Dezember vom Rat [angenommen](#)...